

ILO-Konvention 169

Die Mühen der Ebene Der steinige Weg zur Ratifizierung

Der Beitritt Deutschlands zum ILO-Übereinkommen Nr. 169, dem wichtigsten internationalen Vertragswerk über Rechte indigener Völker, ist im Laufe der letzten zwölf Monate ein gutes Stück näher gerückt. Seit der unerwartet folgenreichen Tagung, zu der infae im Oktober 2003 in die Evangelische Akademie Iserlohn geladen hatte (siehe Rundbrief 29), ist weit mehr geschehen, als wir beim Versand der Einladungen zu hoffen gewagt hätten: Das Thema ILO 169 ist auf die politische Agenda zurückgekehrt; in den festgefahrenen Ratifizierungsprozess ist Bewegung gekommen. Dabei ist das gegenwärtige Bündnis für den ILO-169-Beitritt weit aus breiter und schlagkräftiger als alle seine Vorgänger.

Unmittelbare Folge der Iserlohner Tagung war die Neubegründung des Koordinationskreises ILO 169. Anders als sein in den 90er Jahren aktiver Vorgänger ist der neue KoKreis ein breites Bündnis, dem sich neben den „üblichen Verdächtigen“ und Vorreitern wie infae, FIAN und der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ auch die Schwergewichte Misereor, amnesty international und „Brot für die Welt“ angeschlossen haben.

Dieser Zugewinn an Unterstützung blieb nicht ohne Folgen: Am 11. Dezember 2003 forderte die Mitgliederversammlung von VENRO, dem Dachverband der deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, von der Bundesregierung die zügige Ratifizie-



Aucan Huilcaman (Chile) vertritt den Cosejo des Todos Las Tierras der Mapuche bei der ILO-169-Tagung Foto: Johannes Rohr

rung der Konvention. Eingbracht wurde die Resolution von Brot für die Welt und Misereor.

Im Januar zog das „Forum Menschenrechte“ nach. Das Forum ist als Zusammenschluss der deutschen Menschenrechtsorganisationen das Pendant zu VENRO in diesem Bereich. In einer Erklärung wird die Bundesregierung aufgefordert, bis zum Ende des Internationalen Jahrzehnts der Indigenen Völker im Dezember 2004 die Konvention zu unterzeichnen. Diakonisches Werk und Missionszentrale der Franziskaner, beide Mitglieder des in Iserlohn neugegründeten Koordinationskreises 169, hatten die Erklärung initiiert. VENRO und das Forum Menschenrechte drängten in einem gemeinsamen Brief vom 13. März 2004 an Bundeswirtschaftsminister Clement auf eine rasche Ratifizierung.

Nachdem die Leitungsebenen der beiden großen Kirchen sich lange aus der Sache herausgehalten und das Anliegen ihren Hilfswerken bzw. dem Oekumenischen Ausschuss für Indianerfragen überlassen hatten, meldete sich schließlich im August dieses Jahres das Kirchenamt der EKD zu Wort und bat in einem Brief von Auslandsbischof Koppe an Minister Clement um Informationen zum Stand der Ratifizierung.

Ein entsprechende Initiative auf katholischer Seite fehlt noch. Jedoch

hat sich das Bischöfliche Hilfswerk Misereor in einer ausführlich begründeten Erklärung, vorgelegt zur Tagung in Iserlohn, die Forderung nach Ratifizierung zu eigen gemacht und angekündigt, die Kampagne politisch und auch materiell zu unterstützen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist darüber hinaus die Rolle der Gewerkschaften, denn diese sind in der Internationalen Arbeitsorganisation als gleichberechtigte Partner von Regierungen und Arbeitgebern mit Sitz und Stimme vertreten. Nachdem der DGB zunächst eher Zurückhaltung signalisiert hatte, kündigte sich bei einem Gespräch des Koordinationskreises, darunter Johannes Rohr von infae, mit Vertretern des DGB-Bundesvorstands im Februar eine Wende an. Der DGB stellte sich eindeutig hinter die Forderung der Kampagne und stellte dies Anfang März in einem Brief an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Inhalt

Die Mühen der Ebene: Der steinige Weg zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169	1
Editorial	2
Tagungsbericht Iserlohn	3
Französisch-Guyana: Wildwest im EU-Tropenwald	5
infae auf Erdöl-Tagung	5
Delegationsreise Kolumbianischer Indigenas	6
Impressum	6

(BMWA) unter Beweis.

Damit haben innerhalb von neun Monaten nach der **infoe**-Tagung alle wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte Position bezogen und sich hinter die Forderung nach Unterzeichnung des Abkommens gestellt.

Marsch durch die Institutionen

Auch im parlamentarischen Bereich gab es Fortschritte, diese fielen jedoch bescheidener aus: Thilo Hoppe (B90/Grüne) und Siegmund Ehrmann (SPD), in ihren jeweiligen Fraktionen für den Bereich Indigene Völker zuständig, haben, wie in der ersten Iserlohner Tagung angekündigt, einen Antragsentwurf für eine Bundestagsentschließung erarbeitet. Dieser liegt seit April 2004 dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium zur Prüfung und Abstimmung mit den anderen beteiligten Ressorts vor. Dass die Zuständigkeit für ILO-Angelegenheiten bei diesem Ministerium liegt, ist allerdings ein erhebliches Hindernis: Schon das Riestersche Sozialministerium stand dem Vorhaben reserviert bis ablehnend gegenüber und verschleppte es gegen die erklärte Absicht der Regierung eine ganze Legislaturperiode lang. Da die Wirtschaftspolitiker in der SPD erfahrungsgemäß menschenrechtlichen und ökologischen Anliegen sehr reserviert gegenüberstehen, war zu erwarten, dass die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Sozialministerium unter dem wirtschaftsliberalen Hardliner Wolfgang Clement den Ratifizierungsprozess noch weiter erschweren würde. Tatsächlich brachte das Ministerium in der Folge Einwände gegen eine Ratifizierung vor, die konstruiert wirken, etwa dass diese zu steigenden Lohnkosten und somit zu erhöhter Arbeitslosigkeit führen könne, wenn sich Sinti und Roma als „in Stämmen lebend“ deklarierten und die Konvention in Anspruch nehmen würden (siehe Tagungsbericht).

Eine Verzögerung des Verfahrens warf das Forum Menschenrechte in einer Presseerklärung dem Ministerium vor, von „Hintertreiben“ gar sprach die Missionszentrale der Franziskaner. Die Obstruktionspolitik schlug Wellen bis in die Medien hinein. „Clement verschleppt Rechte der Ureinwohner“ titelte die „tageszeitung“ am 9. August, nachdem **infoe** die Redakteure des Berliner

Editorial

Liebe Mitglieder und Freunde des infoe e.V.,

Wenn Sie diesen Rundbrief in den Händen halten, wird das Jahrzehnt der Indigenen Völker kurz vor seinem offiziellen Abschluss stehen. Welche der Hoffnungen, die indigene Gemeinschaften rund um den Globus bei seinem Beginn 1994 in die UN-Dekade gesetzt haben, hat sich erfüllt? Welche wurden enttäuscht?

Auf den ersten Blick sieht die Bilanz nicht sehr ermutigend aus: Die Verabschiedung der UN-Erklärung der Rechte der indigenen Völker, die selbst nur einen ersten Schritt hin zu einem umfassenden Abkommen darstellen würde, wird bei einer Fortsetzung des bisherigen Tempos noch Jahrzehnte auf sich warten lassen. Nicht einmal der Streit um das kleine 's', also die Frage, ob es nur indigene Menschen (*people*) oder mit kollektiven Rechten ausgestattete Völker (*peoples*) gibt, ist endgültig ausgeräumt. Nur siebzehn Staaten haben bisher die ILO-Konvention 169 ratifiziert - viel zu wenig, um sie in den Rang eines weltweit gültigen Normenkatalogs zu versetzen. Gleichzeitig warnt das *Worldwatch Institute*, dass die Hälfte der indigenen Gemeinschaften der Erde bis zur Mitte des Jahrhunderts aufgehört haben könnte zu existieren.

Indigene Völker sind in besonderem Maße von der globalen Veränderung von Umwelt und Klima betroffen, sei es die Erwärmung der Arktis, die drohende Überschwemmung pazifischer Inselstaaten oder die Ausbreitung der Wüsten. Dies zwingt sie nolens-volens in die Rolle des Mahners und Warners gegenüber den ressourcenverschlingenden Industriegesellschaften aller Kontinente. Indigene Völker dabei zu unterstützen, in ihrem wie auch in unserem Interesse, ist Mandat von **infoe**. Dieses Mandat bleibt heute so aktuell wie vor zehn Jahren.

Ein Versuch, es zu erfüllen sind die Anstrengungen, die Bundesregierung zur Einlösung ihres Versprechens zu drängen, endlich der ILO-Konvention 169 beizutreten, denen noch einmal der größte Teil des aktuellen Rundbriefs gewidmet ist. Hier zeigt sich wieder einmal die Rolle und Bedeutung **infoes** als *Agenda-Setter*: Zwar wäre es kaum denkbar, dass wir im Alleingang das Kampagnenziel durchsetzen, doch der von uns ins Wasser geworfene Stein hat weitere Kreise gezogen, als wir auch bei optimistischster Einschätzung zu hoffen gewagt hätte

Auch andere Themen bleiben auf unserer Tagesordnung: Folgen von Ölförderung für indigene Völker und die Verantwortung der Europäischen Union für ihr einziges Regenwaldgebiet sind zwei aktuelle Beispiele. In jedem dieser Bereiche gibt **infoe** wichtige Anstöße und setzt Themen auf die politische Tagesordnung.

Doch dies kann nur so lange geschehen, wie wir Ihre Unterstützung haben. Die meiste Arbeit des Vereins wird ehrenamtlich geleistet, daran hat sich auch im Jahrzehnt der indigenen Völker nichts geändert. Sie, die Mitglieder und Freunde des Vereins sind und bleiben unsere wichtigste Basis.

Ihr jährlicher Beitrag ermöglicht es uns, die grundlegende Infrastruktur des Vereins aufrechtzuerhalten, Ihr Engagement stellt sicher, dass Themen aufgegriffen und bearbeitet werden können. Bleiben Sie bei uns! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf, wenn Sie Kritik oder Anliegen haben! Nur dann besteht Hoffnung, dass **infoe** dazu beitragen kann, dass zum Ende des zweiten Jahrzehnts der indigenen Völker die Bilanz positiver ausfällt als heute.

Die Rundbrief-Redaktion

Blatts auf diesen Skandal aufmerksam gemacht hatte.

Die Mühen der (Länder-) Ebenen

Zwischenzeitlich ist das Vorhaben im Zuge des Prüfverfahrens beim Bundesrat angelangt. Die Länder haben nach der „Lindauer Absprache“ zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge ihr Placet zu geben. Wenn internationale Abkommen Bereiche berühren, die in die Hoheit der Länder fallen, muss das Votum einstimmig sein. Am 12. Oktober tagte die Ständige Vertragskommission der Länder in Berlin. Anders als befürchtet, verabschiedete das Gremium keine abschließende Empfehlung, die zum jetzigen Zeitpunkt vermutlich negativ ausgefallen wäre.

Am Tag darauf schon befasste sich der Eine-Welt-Ausschuss des Landtags von Nordrhein-Westfalen mit dem Thema und hörte mit großer Aufmerksamkeit und Interesse den Bericht der Landesregierung über die Vorgänge in Berlin. In persönlichen Gesprächen zeigten die Abgeordneten viel Unterstützung für das Anliegen der Kampagne, in den Diskussi-

onsbeiträge klang Unverständnis darüber an, dass man in der Sache noch nicht weitergekommen ist.

Und nochmal der Bund

Im Oktober schließlich kam noch Unterstützung von einer Seite, von der es viele nicht erwartet hätten. Die CDU-Fraktion im Bundestag hat durch ihren Sprecher für Menschenrechtspolitik, MdB Hermann Gröhe, mit einer Anfrage an die Bundesregierung zum Sachstand dafür gesorgt, dass Druck aufrecht erhalten bleibt.

Ausblick

Das Ziel unserer Kampagne, nämlich eine deutsche Ratifizierung noch vor dem Ende des Internationalen Jahrzehnts der indigenen Völker, wird nicht mehr erreicht werden. Dies steht zum jetzigen Zeitpunkt fest. Solange die Bundesrepublik, die von einer Ratifizierung nur geringe Folgen zu erwarten hätte, so zurückhaltend bei der Stärkung internationaler Rechtsstandards für indigene Völker ist, bleibt das Wort von den „Menschenrechten als Leitlinie der Politik“ eine ungläubwürdige Phrase.

Dennoch wird die Kampagne in ihren Bemühungen nicht nachlassen, denn die ILO-Konvention ist seit ihrer Verabschiedung im Jahre 1989 international der wichtigste Referenzpunkt, wenn es um die Frage geht, was eigentlich Rechte indigener Völker bedeuten. Dass Entwicklung nicht durch Zwangsumsiedlung, Vertreibung und Entrechtung indigener Völker erkaufte werden darf, dass indigenen Kulturen, Sprachen und Institutionen Respekt und Schutz gebührt und dass indigene Gemeinschaften zuallererst selbst darüber zu bestimmen haben, welche Zukunft sie für sich und ihre Kinder anstreben, diese Einsichten müssen weltweit in Bewusstsein und Rechtsnormen verankert werden, wenn das drohende Verschwinden der Hälfte aller indigenen Völker zur Mitte dieses Jahrhunderts noch abgewendet werden soll. Ein deutscher Beitritt zum Übereinkommen Nr. 169 wäre ein beachtlicher, aber doch unverzichtbarer Schritt auf diesem Weg.

Werner Aron / Johannes Rohr

Dialog mit Bremsklötzen

Zweite **infoe**-Tagung zur ILO-Konvention 10.-12. September 2004

Nach einem ereignisreichen Jahr ILO-Kampagne war es im September 2004 Zeit für eine Zwischenbilanz. Erneut luden infoe und die Evangelische Akademie zur Tagung in das Iserlohner Haus Ortlohn. Dominierte im Jahr 2003 noch die unerwartete Aufbruchsstimmung, standen dieses Mal konkrete strategische Fragen im Mittelpunkt. Dabei wurde deutlich, dass das Haupthindernis für eine deutsche ILO-169-Ratifizierung „Wolfgang Clement“ heißt, denn das Haus des SPD-Hardliners erwies sich wieder einmal als Bremsklotz.

Ein Zeichen für die im Vergleich zur Vorgängertagung geänderte Ausgangslage war, dass sie vom Koordinationskreis ILO 169 mitgetragen wurde, dem auf der letztjährigen Tagung ins Leben gerufenen Bündnis. Mit dem Tagungsmotto „Rechte indigener Völker stärken“ und der „Ratifizierung der ILO-Konvention 169“ im Untertitel wurde versucht, den Gegenstand in einen weiteren Zusammenhang zu stellen.

Indigenenpolitik geschieht an vielen Orten und in vielen Arbeitsfeldern, die bei einer politischen Bewertung der ILO-Konvention berücksichtigt werden müssen. Dieses Umfeld vorzustellen, wurde in mehreren Beiträgen übernommen.



Ruhama J. Lakra, World Adivasi Council

Foto: Johannes Rohr

Dr. Wolfgang Heinz, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Menschenrechte stellte dar, welche Schritte innerhalb der Vereinten Nationen notwendig sind, damit aus

der Einsicht, dass es ein Problem gibt, schließlich ein völkerrechtliches Instrument wird. Gerade im Bereich der indigenen Völker sei dieser Prozess in einem sehr frühen Stadium festgefahren, denn die bis heute nicht verabschiedete Erklärung der Rechte der indigenen Völker sei nicht mehr als eine Vorstufe zu einem Beschluss, ein echtes Instrument, also etwa eine UN-Konvention, zu schaffen. Solange nicht einmal die unverbindliche Erklärung verabschiedet sei, bleibe die ILO-Konvention 169 daher das einzige bindende völkerrechtliche Instrument für indigene Anliegen. Allerdings müsse die Zahl der Ratifizierungen steigen, damit sie einen anerkannten Standard darstellt - ein Kernanliegen der Kampagne.

Burkhard von Seggern bekräftigte für den DGB-Bundesvorstand die volle Unterstützung für das Anliegen der Kampagne, eine Position die offensichtlich auf die gelungene Lobbyarbeit im Laufe der Monate nach Oktober 2003 zurückzuführen war. Ebenso erfreulich war, dass nach

Brot für die Welt nun auch Misereor sowie die deutsche Sektion von amnesty international ihre offizielle Unterstützung für die Kampagne bekanntgaben.

Bestürzend für viele Anwesende war, was sich als zentraler Streitpunkt der Tagung erweisen sollte: Referatsleiterin Schleger aus dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium begründete die reservierte Haltung ihres Hauses nicht mit den - von der Kampagne durchaus gewünschten - außenwirtschaftlichen sondern mit innerstaatlichen Folgen: Eine Ratifizierung könne zur Folge haben, dass Sinti und Roma sich anschließend als „in Stämmen lebend“ deklarieren und auf die Konvention berufen könnten. Wenn etwa Arbeitsverträge in Romanes übersetzt werden müssten - eine Sprache von der Schleger fälschlicherweise annahm, sie sei nicht verschriftlicht - führe dies möglicherweise zu steigenden Arbeitskosten und somit zu höherer Arbeitslosigkeit.

Das Festhalten an dieser schon 2003 ähnlich vorgebrachten, aberwitzig anmutenden Argumentation kam unerwartet, nicht nur weil ein solches Szenario denkbar unwahrscheinlich ist - der Zentralrat der Sinti und Roma hatte zwischenzeitlich erklärt, dass die ILO-Konvention für ihn keinerlei Relevanz besitze - sondern auch da die Angehörigen dieser Gruppen als anerkannte nationale Minderheit ohnehin einen umfassenden Schutz genießen, der über die Bestimmungen der Konvention deutlich hinausgeht.

Weiterhin brachte die BWMA-Vertreter vor, die Konvention sei für die Bundesrepublik nicht angemessen, da sie auf „Segregation“ setze, während die Bundesregierung konsequent für Integration von Minderheiten stehe. Misereor-Berater Volker von Bremen entgegnete, dies sei die Argumentation, die im Paraguay der 70er Jahre von den dortigen Behörden vertreten worden sei. Tatsächlich gehe es bei der Konvention nicht um Privilegien für Einzelne sondern um Chancengleichheit für alle. Unverständlich bleibt, dass diese nicht gerade neue Erkenntnis bei der Regierung Schröder bis heute nicht angekommen zu sein scheint. Später erklärte Klaus Abel vom Bundesverband der Arbeitgeber (BDA), dass seine Vereinigung die Befürchtungen des BMWA nicht tei-

le und keine Einwände gegen eine Ratifizierung hege. Damit blieb der Verdacht bestehen, dass es sich bei dem Verweis auf Sinti und Roma um einen bloßen Vorwand handelt, während die tatsächlichen Vorbehalte in möglichen außenwirtschaftlichen Folgen zu suchen sind.

Nichtsdestotrotz bestand in den folgenden strategischen Diskussionen Einigkeit darüber, dass die offiziellen Einwände des BMWA entkräftet werden müssen, wenn das Kampagnenziel erreicht werden sollte. Dabei müsse nicht nur auf das Bundesministerium eingewirkt werden, sondern auch gegenüber den Ländern sei Überzeugungsarbeit zu leisten: Nach der „Lindauer Absprache“ sind diese in Entscheidungen über völkerrechtliche Verträge einzubeziehen, wenn deren Auswirkungen die Länderhoheit berühren. Die Absprache verlangt Einstimmigkeit bei der Entscheidung. Mit der Verhinderung eines negativen Beschlusses am 12. Oktober konnte diesbezüglich zwischenzeitlich ein Teilerfolg erzielt werden. (Siehe S. 1-3)

Aus der Sicht der oftmals in ihrer nackten Existenz bedrohten Adivasi Indiens müssen Einwendungen wie die des Wirtschaftsministeriums völlig unverständlich erscheinen. Ruhama J. Lakra vom *World Adivasi Council* gemahnte die Anwesenden, sich der Lage derjenigen zu erinnern, für die die ILO-Konvention geschaffen wurde. Die Hälfte aller indigenen Völker der Erde könne bis zur Mitte des Jahrhunderts aufgehört haben zu existieren, berichtete der Adivasi-Vertreter. Angesichts dessen sei entschlossenes Handeln gefragt.

Demgemäß war der zweite Teil der Tagung der konkreten Kampagnenplanung vorbehalten, wobei Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung die Prioritäten bildeten. Dass das 2003 gesteckte Ziel einer Ratifizierung bis zum Ende der Dekade im Dezember 2004 nicht mehr zu erreichen wäre, stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest. Als „Rückfallziel“ wurde daher der Zeitpunkt der nächsten Bundestagswahlen ins Auge gefasst.

Die Dokumentationen der beiden Tagungen werden im Dezember 2004 als infœ-Studien erscheinen und können im Kölner Büro bestellt werden.

infœ CH bei Erdöltagung

An der Tagung der Schweizerischen Energiestiftung in Zürich am 14. Mai zum Thema „Der Streit über die Erdölreserven“ referierten Vertreter der Erdölvereinigung, von BP und des Bundesamtes für Energie sowie zwei Prognoseexperten und ein Vertreter von Greenpeace und **infœ** Schweiz. Die Schweizerische Energiestiftung befürwortet den Ausstieg aus den Fossilen Energien und der Atomenergie und nahm letztes Jahr das Versiegen der Ölreserven und den steigenden Weltmarktpreis zum Anlass für eine grössere Kampagne.

Max Mader von **infœ** Schweiz referierte zur Situation der Indigenen in Ölfördergebieten. Er präsentierte die Ergebnisse der Erdölstudie, Überlegungen zur Interessenlage der Firmen, Regierungen und Indigenen sowie einige Ziele der NGOs, die sich daraus ergeben:

- Unabhängigkeit der Gutachter von Umweltverträglichkeitsstudien und Umweltmanagementplänen und deren umgehende Prüfung
- Konsultation Betroffener nicht durch die Firmen-Konsortien selber oder unter unabhängiger Kontrolle
- Sicherstellung von Mindestqualifikationen des Managements vor Ort in den Bereichen Schadstoffmanagement, Unterhalt, Schadensmaßnahmen und in der Ausführungskontrolle
- Monetarisierung der externen Kosten und formelle Kompensationsverfahren
- Ökolabelling für umwelt- und sozialverträglich gefördertes Erdöl (langfristiges Ziel, da heute keine Firma umwelt- und sozialverträglich fördert)

Der Vortrag ist in der Tagungsdokumentation enthalten, die unser www.energiestiftung.ch bestellt werden kann.

Max Mader

Neue Kampagnenwebsite

Seit Mai 2004 verfügt die ILO-Kampagne über eine eigene Website. Die Domain www.ilo169.de wird von **infœ** betreut und informiert seither regelmäßig über alle Neuigkeiten aus dem Kampagnenumfeld. Mitarbeit, ist jederzeit willkommen. Interessierte können sich an Johannes Rohr wenden. (E-mail: johannes@infoe.de)

Wildwest im EU-Tropenwald

Französischer Anthropologe warnt vor Vernichtung dreier indigener Völker

Thierry Sallantin hat 15 Jahre seines Lebens im tropischen Regenwald gelebt. Dabei hat er das Staatsgebiet Frankreichs nie verlassen, denn Französisch-Guyana, das an Brasilien grenzende Regenwaldgebiet von der Größe Portugals, gehört als Departement der Grande Nation an. Den sechs indigenen Völkern, die als einzige von vormals dreißig die Kolonialzeit überlebt haben, droht heute neues Ungemach: Während Goldgräber die Flüsse der Wayampi, Teko und Wayana mit Quecksilber vergiften, droht der französische Staat, den ohnehin bescheidenen Schutz, den die Indigenen genießen, vollends aufzuweichen.

97% der Landesfläche Französisch-Guyanas sind von tropischem Regenwald bedeckt. Neun Zehntel der 200 000 Einwohner leben in drei Städten entlang der Atlantikküste. Der gesamte Rest des Landes ist so gut wie unbesiedelt. Nur entlang der Küste existiert eine Straße, alle anderen Gebiete sind ausschließlich über Wasserwege erreichbar.

„Die Deutschen finanzieren einen großen Teil des Budgets der Europäischen Union, ohne zu wissen, dass dieses Geld verwendet wird, um eine für die tropische Natur und seine traditionellen Bewohner gefährliche Politik zu unterstützen“, meint Thierry Sallantin. Der französische Anthropologe verbrachte 15 Jahre seines Lebens bei den Wayampi, Teko und Wayana, bis ihn der Konflikt mit dem französischen Staat und der einflussreichen Gold-Mafia ins Gefängnis brachte.

Seit drei Jahren wieder in Freiheit versucht er nun, die europäische Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, welche skandalösen Zustände im einzigen Regenwaldgebiet der

liche Förderung einheimischen Produzenten. Die Drecksarbeit leisten überwiegend illegale Arbeitsmigranten aus dem armen Norden Brasiliens. Deren prekäre Lage nutzen die lokalen Bosse oft aus, indem sie ihnen den Lohn für ihre äußerst gesundheitsschädliche Arbeit vorenthalten. Wer sich dagegen wehrt, muss damit rechnen, mit einem Gewicht an den Füßen im nächsten Fluss versenkt zu werden.



Das französische Überseedepartement grenzt an Brasilien, Surinam und den Staat Guyana, das frühere Britisch-Guyana.

Neben den rechtlosen Arbeitsmigranten sind es die indigenen Amerindians, die unter diesen Wildwestverhältnissen innerhalb der französischen Republik leiden müssen. Die gravierendsten Folgen hat die andauernde Quecksilbervergiftung für ihre Kinder, bis hin zu schwerwiegenden Missbildungen.

Zwar genießen die Indigenen bis heute einen gewissen Schutz, da das südliche Drittel Französisch-Guyanas einem strikten Kontrollregime unterworfen und für Touristen geschlossen ist, doch befürchten die indigenen VertreterInnen, wie auch unser Gast, Sallantin, dass ein von Präsident Chirac für das Ende dieses Jahres an-

gekündigter Nationalpark im guyanesischen Regenwald diesen Status beenden wird, da nach französischem Recht ein Nationalpark jedem offen steht.

Thierry Sallantin steht in engem Kontakt zu den indigenen Interessenvertreter/innen, doch selbst kann er nach eigenen Aussagen das Land nicht mehr betreten, da er dort mit dem Tode bedroht ist.

Sein Engagement hat ihm bereits sechs Jahre in einem guyanesischen Gefängnis eingebracht. Nach eigenen Aussagen wurde von der Gold-Mafia auf ihn ein Auftragsmörder angesetzt. Sallantin konnte sich nur um Haarsbreite vor dem Mordanschlag retten, wobei jedoch im Zweikampf der Auftragsmörder von der eigenen Waffe unglücklich getroffen wurde und starb. Für die französischen Behörden war dies willkommenes Anlass, einen unbequemen Kritiker aus dem Weg zu räumen.

Nun sieht Sallantin den Zeitpunkt gekommen, da sich die BürgerInnen Europas dafür interessieren müssten, was in „ihrem“ Regenwald vor sich geht. Europa, das sich weltweit oft als Vorreiter in Sachen Ökologie und Menschenrechte versteht, stehe hier nicht nur vor einer Herausforderung sondern habe auch eine einmalige Chance, ein Stück tropischen Regenwaldes für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Thierry Sallantin verbrachte im Oktober mehrere Tage mit infœ-VertreterInnen in Berlin, die ihn mit zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren in Kontakt brachten. infœ wird ihn weiterhin bei seinem Anliegen unterstützen, die deutsche Öffentlichkeit über diesen vergessenen Skandal aufzuklären. So ist eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Dritte-Welt-JournalistInnen-Netzwerk in Vorbereitung. Der Anthropologe ist für Diskussionsveranstaltungen und Vorträge verfügbar, wobei auch die preisgekrönte englischsprachige Dokumentation „The Law of the Jungle“ vorgeführt werden kann.

Johannes Rohr

Weitere Informationen in französischer Sprache: <http://www.solidarite-guyane.org>



Indigene vom Volk der Wayana

Europäischen Union herrschen. Französisch-Guyana ist eines lukrativsten Goldabbaugebiete der Welt, den kanadischen Konzern „Cambior“ kostet die Unze des Edelmetalls nur 180 US-Dollar, im benachbarten ehemals britischen Guyana sind es 230. Dabei überlässt das Unternehmen die eigent-

Delegation kolumbianischer Indígenas zu Besuch in Europa

Im Frühjahr bereiste eine Delegation der *Organización Indígena de Antioquia* (OIA) aus Kolumbien zwei Monate lang verschiedene Länder Europas. **infoe** betreute dabei ihre Reise durch Deutschland, wo sie unter anderem in Berlin, Stuttgart und Köln Station machten. Ziel dieser ersten von insgesamt drei geplanten Reisen war es, die spezifischen Strategien der Organisation im Umgang mit der Bedrohung durch Paramilitärs und Guerilla vorzustellen und Kontakte mit Politikern und NROs zu knüpfen.

Abadio Green, Aida Suárez und Luis Agudelo Suárez sind führende Repräsentanten der OIA, einer regionalen Organisation, die sämtliche Indígenas aus dem kolumbianischen Distrikt Antioquia unter einem Dach zusammenfasst. Insgesamt handelt



Abadio Green Stocel aus Kolumbien

es sich um 22.000 Angehörige von vier verschiedenen ethnischen Gruppen – Embera, Chamí, Embera Catío, Kuna, Zenú-, die sich bereits seit 20 Jahren im Rahmen der OIA für die Verteidigung ihres Territoriums und für eine eigens auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte indigene Entwicklungspolitik bemühen.

Generell ist die Situation der indigenen Völker in Kolumbien sehr schwierig. Trotz ihrer verfassungsmäßigen Anerkennung und des Zugeständnisses von lokaler Autono-

mie, wird ihr Territorium seit den 90er Jahren aufgrund seiner enormen Artenvielfalt und der großen Vorkommen an Bodenschätzen von der Regierung als neue Quelle für wirtschaftliche Investitionen betrachtet. Dementsprechend sind die anerkannten Rechte zum Hemmnis für die Interessen des Staates geworden, der bereits mit dem Bau von Infrastruktur für die anvisierte Ausbeutung der Bodenschätze begonnen hat. Ein weiteres gravierendes Problem stellen die bewaffneten Konfliktparteien Kolumbiens dar – Guerilla, Paramilitärs und Armee-, die in den schwer zugänglichen Dschungelregionen der Indígenas ihr Unwesen treiben und ihre Kämpfe austragen. Die Gemeinden der Indígenas befinden sich dadurch inmitten des Konflikts und ihr Land wird zur umkämpften Kriegsbeute.

Um der Abwärtsspirale aus Vertreibung, Zwangsrekrutierung und willkürlichen Morden in ihrer Heimatregion Antioquia zu begegnen, hat die OIA verschiedene Strategien entwickelt. Dazu gehören die kurzfristige Gewähr von Zuflucht an betroffene Gemeinschaften, die Bemühung um Dialog mit den Konfliktparteien, auch in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie dem Roten Kreuz, Vermittlung von Menschenrechtskenntnissen an lokale indigene Führer, die Verbreitung von Informationen über Misshandlungen und Verbrechen, sowie deren Ahndung auf juristischem Wege. Grundlage der Strategie der OIA ist der Dialog zur Verbesserung der Situation der Indígenas in Antioquia. Partner sind nicht nur andere indigene Völker der Region und des Landes, sondern auch die übrigen Sektoren der Zivilgesellschaft. In diesem Sinn sollen die Reisen der indigenen Vertreter nach Europa neue Kontakte und Netzwerke mit Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft begründen, damit die kolumbianische Regierung auch von europäischer Seite aus Druck zu spüren bekommt und sich um eine umfassende Lösung des bewaffneten Konfliktes bemüht.

Oliver Commer

infoe CH mit neuer Adresse

infoe Schweiz ist umgezogen, da das Ethnologische Seminar der Universität Zürich seinen Sitz verlegt hat. Die aktuelle Anschrift sowie Telefon und Fax entnehmen Sie bitte dem untenstehenden Impressum.

Jahresversammlung infoe D

Die Jahresversammlung von infoe Deutschland findet am Samstag den 11. Dezember im Kölner Bürgerzentrum Alte Feuerwache statt. Einladungen und Tagesordnung werden zusammen mit diesem Rundbrief versandt. Um Voranmeldung wird gebeten.

Kirchentag: Mithilfe gesucht

Für unsere Präsentation auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover vom 25.-29. Mai 2005 suchen wir nach wie vor Mitwirkenden, die helfen, unseren Stand besetzt zu halten und neue InteressentInnen zu gewinnen. Leider war der bereits im letzten Rundbrief plazierte Aufruf bislang erfolglos, sodass er an dieser Stelle wiederholt wird. Interessierte können sich an Johannes Rohr <johannes@infoe.de> wenden.

infoe

**Institut für Ökologie und
Aktions-Ethnologie e. V.**

Deutschland:

Melchiorstraße 3
50670 Köln
Tel. +49 (0)221 - 739 28 71
Fax +49 (0)221 - 922 07 60

E-Mail infoe@infoe.de
Website www.infoe.de

Konto: Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)
Nr. 985 56-501

Schweiz:

Andreasstrasse 15
8050 Zürich
Tel. +41 (0) 44 635 22 22
Fax +41 (0) 44 635 22 ??

E-Mail infoe@ethno.unizh.ch
Website www.infoe.ch

Postkonto Nr. 34-59 74 12-6